

Ä52

Antrag

Initiator*innen: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Titel: Ä52 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina, Israel und dem Libanon

Titel

Ändern in:

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

Antragstext

In Zeile 235:

~~Israelbezogene Beispiele als Quasi-Norm:~~

- Wir verurteilen jede Verherrlichung von radikalem Islamismus sowie Aufrufe zu Gewalt und die Verbreitung antisemitischer Vorurteile zutiefst. Gleichzeitig beobachten wir in Deutschland eine alarmierende Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus migrantischen und muslimischen Communitys werden unverhältnismäßig kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder zum Teil sogar abgeschoben, weil sie ihre Stimme gegen Gewalt, für die Einhaltung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen erheben. Diese Repression, das politische Schweigen und die pauschale Diffamierung solidarischer Stimmen verschärfen bestehende Machtungleichgewichte massiv und müssen sofort aufhören.

Begründung

Die Begriffe „neokolonialistisch“ und „imperialistisch“ sind in diesem Kontext politisch und historisch stark aufgeladen und tragen wenig zu einer differenzierten Analyse des Nahostkonflikts bei. Sie vereinfachen die komplexe historische, sicherheitspolitische und völkerrechtliche Realität des Konflikts und erschweren eine sachliche Debatte. Die aktuelle Beschlusslage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Grünen Jugend orientiert sich stärker an universellen Menschenrechten, humanitärem Völkerrecht und dem Prinzip menschlicher Sicherheit als an antiimperialistischen Deutungsmustern.